

Gesprächsvermerk zum Spitzengespräch zwischen dem DPR/ Bundesärztekammer am 27. Juni 2006 in Berlin

TOP 1 Entschließungen des 109. Deutschen Ärztetages zur pflegerischen Versorgung

Herr Prof. Hoppe berichtete, dass ein Beschluss gefasst wurde, sich bei einem der nächsten Deutschen Ärztetage mit dem Thema „Pflegerische Versorgung & Pflegeversicherung“ zu befassen. Es wird nach kurzer Diskussion vereinbart, dass in Vorbereitung eines solchen Themas die Bundesärztekammer auf den DPR zukommt um sich zu beraten.

TOP 2

Frau Müller weist daraufhin, dass beim 109. Deutschen Ärztetag auch eine Entschließung gegen Deprofessionalisierung des Arztberufes verabschiedet wurde. Dies berühre unmittelbar Überlegungen zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe.

Die Bundesärztekammer fragt nach der Zielrichtung der Akademisierung der Pflegeberufe. Wer solle in der Pflege akademisiert werden?

Die derzeitige problematische Ausbildungssituation wird von Herrn Westerfellhaus dargestellt. Dies beinhaltet auch die Schwierigkeiten mit der Finanzierung. Bezüglich der weiteren Entwicklung wird vorgetragen, dass grundsätzlich die Akademisierung der Erstausbildung für alle drei Pflegeberufe angestrebt wird. Wie viel dies quantitativ auch im Vergleich zu den heutigen etwa einer Million Pflegefachkräfte bedeuten werde, sei abzuwarten. Die Perspektive dafür sei auch in Jahrzehnten zu denken.

Sehr ausführlich werden dann Defizite und Problemfelder der Versorgung von kranken und pflegebedürftigen Menschen diskutiert. Es besteht Übereinstimmung darin, dass es vorzuziehen wäre, die beiden Professionen machten einen gemeinsamen Vorschlag, als Regelungen von anderer Seite zu erhalten.

Konsens gab es zum Vorgehen, bei dem zuerst Problemfelder identifiziert und Lösungsansätze, und erst am Ende die Zuständigkeit und Finanzen diskutiert werden, wird bevorzugt.

Weniger Übereinstimmung zu der Vorstellung wie die Zusammenarbeit der Berufsgruppen im ambulanten Versorgungssystem geregelt werden kann.

Dissens gab es bei der Vorstellung, dass es für die professionelle Pflege einen Neuzuschnitt der autonomen, eigenständigen und verordnungsfähigen Aufgaben. Leistungen geben wird.

Zum weiteren Verfahren wird vereinbart, das der DPR in das existierende Kooperationspapier Ärzte und Pflegeberufe von 1993 Änderungs- und Ergänzungsvorschläge einarbeiten wird. Diese werden der Bundesärztekammer zugeleitet. In der Folge wird es dann eine kleine Arbeitsgruppe, bestehend aus Bundesärztekammer, KBV und DPR geben, die sich mit der Thematik befasst. In der Diskussion wurde auch deutlich, dass der Zentralkonfliktpunkt vermutlich die Frage der Zuständigkeit für das Case-Management („Hausarzt als lotse“) sein wird. Das Zeitfenster der Gespräche liegt im Herbst 2006.

TOP 3

Frau Müller berichtet zur derzeitigen Diskussion um das Thema des Heilberufeausweis in Verbindung mit der Einführung der eGK.

Dabei fragt Sie nach der Einschätzung der BÄK zum Vorschlag ein Nationales Berufsregister in Deutschland. Von Seiten der Bundesärztekammer wird mitgeteilt, dass die Diskussion dort noch nicht abgeschlossen sei.

Von beiden Seiten wird die ausgezeichnete Zusammenarbeit im Zusammenhang mit BQS und Gemeinsamen Bundesausschuss betont. Bezüglich einer Wiederbelebung des Kuratoriums im BQS wird besprochen. Die heutigen Gesellschafter denken an GS-erweiter PKV und KBV nach. Hier sollte der DPR ebenfalls die Diskussion aufnehmen. Frau Müller ist hier im Kontakt mit Frau Beikrich und Klakow-Frank.

Zum derzeitigen Ärztestreik erläutert Herr Prof. Hoppe die Entwicklung der letzten 30 Jahre. Ziel der Ärztestreiks sei es, den Marburger Bund als Tarifpartner zu etablieren. Es sei sicherlich nicht Ziel und auch nicht dem Marburger Bund bewusst, dass durch den Streik bzw. Tarifierhöhungen für Ärzte, Probleme für die Pflege auftreten. Herr Prof. Hoppe schlägt deshalb vor, der Deutsche Pflegerat setze sich für eine rasche Anerkennung des Marburger Bundes als Tarifpartner für die kommunalen Arbeitgeber ein. Von den Vertretern des Deutschen Pflegerates wird dies zurückgewiesen und sehr anschaulich erläutert, wo konkret Befürchtungen für negative Konsequenzen für die Pflege bestehen und wo die Argumentation des Marburger Bundes als fragwürdig empfunden wird.

Berlin, 29. Juni 2006